

# Petersberger - Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

November 2019

Grundsteuer B

## CDU fordert Steuererhöhung um 12 Prozent

**Geht es nach dem Vorschlag der CDU Petersberg, dann erwartet die Bürger nach der Erhöhung der Grundsteuer B von fast 50 Prozent im Jahr 2017 nun ab 2020 nochmals eine Erhöhung um 12 Prozent.**

In Petersberg soll nach dem Willen der CDU der Hebesatz für die Grundsteuer B von 365 auf 409 Punkte steigen. Petersberg liegt damit an der Spitze der Stadtregion. Künzell (380), Fulda (350) und Hünfeld (300) liegen auch nach Abschaffung der Straßenbeiträge deutlich unter diesem Steuersatz.

Nach den Berechnungen der Gemeindeverwaltung erhöht sich die Steuer um durchschnittlich 50 Euro pro Jahr.

In Anbetracht der erneut stark gestiegenen Einnahmen ist eine Steuererhöhung nach Auffassung

der Linke. Offene Liste nicht zu vertreten.

Es ist sehr erfreulich das die Gemeinde Petersberg erneut von der allgemeinen guten Steuerentwicklung profitiert. Allein durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage hat die Gemeinde nun jährlich 500.000,- Euro mehr zur Verfügung.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer steigen nochmals um 500.000,- Euro auf nun 9,2 Millionen Euro. Auch die Umsatzsteuereinnahmen steigen um 150.000,- Euro. Hinzu kommt ein Anstieg der Schlüsselzuweisungen um 650.000,- Euro.

Auch ohne die Grundsteuererhöhung steigen die Gesamteinnahmen der Gemeinde im Jahr 2020 von 28 Millionen auf über 30 Millionen Euro.

Warum die CDU Petersberg jetzt auch noch eine weitere Steuererhöhung durchsetzen möchte bleibt ihr Geheimnis.

Das von der Gemeindeverwaltung vorgerechnete geplante negative Haushaltsergebnis für 2020 von ca. 40.000,- Euro ist reine Augenwischerei. Bereits das tatsächliche Jahresergebnis 2018 lag um 4,5 Millionen besser als von der Gemeinde geplant. Insgesamt betrug das Plus 5 Millionen Euro.

Nach unserer Auffassung wird hier bewusst schlecht gerechnet, nur um die weitere Steuererhöhung begründen zu können. DIE LINKE. Offene Liste jedenfalls kritisiert die Haushaltspolitik der Petersberger CDU und wird die Steuererhöhung ablehnen.

### Aus dem Inhalt:

Seite 2

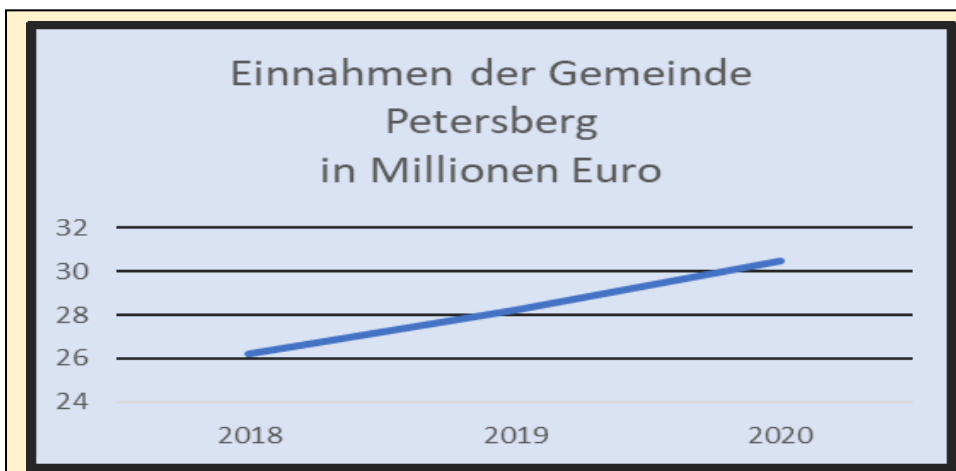
- Akteneinsicht zum Kindergarten in Marbach

Seite 3

- Verbesserungen im ÖPNV
- Hochwasserschutz
- Friedhofsgestaltung

Seite 4

- Mehr Geld für Petersberg
- Kosten für Kindertagesstätten steigen



**DIE LINKE.** Offene Liste

# Gemeinde soll Nutzung des Kindergartens und des Jugendheimes sichern

**Bis heute hat die Gemeinde noch keine Position zur Verwendung des alten Kindergartens in Marbach bezogen.**

Auf unsere Anfrage in der Aprilsitzung der Gemeindevertretung antwortete der Bürgermeister, man habe im Zusammenhang mit dem Kauf des neuen Kindergarten geländes noch nicht mit dem Eigentümer (kath. Kirchengemeinde) über die Verwendung des alten Kindergartens und des Jugendheimes gesprochen. Bis heute hat der Bürgermeister weder den Ortsbeirat noch die Gemeindevertretung über seine Initiativen zur weiteren Nutzung des alten Kindergartens und des Jugendheimes informiert.

Unser Vorschlag den alten Kindergarten für unsere Senioren zu nutzen, wurde von CDU/CWE und SPD abgelehnt. Die FDP war unserem Vorschlag gefolgt. Wir hatten die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses angeregt. Unser Vorwurf an die CDU Fraktion – sie hat bis heute noch keinen Vorschlag unterbreitet.

Der alte Kindergarten und das Jugendheim wurden in der Vergangenheit mit Mitteln der Gemeinde unterhalten, instandgehalten bzw. renoviert und von den Kindern und Jugendlichen der Gemeinde regelmäßig genutzt. Es stellt sich nun die Frage, ob und in welcher Funktion die Gebäude weiter durch die Gemeinde genutzt werden können.

Auch darüber, welche Vereinbarungen in dem Vertrag zum neuen Kindergarten getroffen wurden und welche finanziellen und sonstige Verpflichtungen die Gemeinde hierbei eingegangen ist, ist nichts bekannt.

Zur Klärung dieser Sachverhalte und möglicher Optionen war es für die Fraktion Die Linke. Offene Liste unumgänglich, sich durch Akteneinsicht selbst ein auf Fakten beruhendes Bild von den vertraglichen Gegebenheiten sowie von den in der Vergangenheit eingegangenen finanziellen Verpflichtungen der Gemeinde zu machen.

**Der von uns beantragte Akteneinsichtsausschuss hat nun bereits einmal getagt.**

Dabei stellte sich heraus, dass die Gemeinde Vereinbarungen getroffen hat, die sich als nun nachteilig darstellen. Den Bau des alten Marbacher Kindergarten finanzierten Gemeinde, Landkreis und das Land Hessen mit erheblichen Zuschüssen, ohne dass sie sich eigene Rechte sicherten. Jahrzehntlang trugen sie fast alle Modernisierungs- und Instandsetzungskosten.

Durch die Vereinbarung zum Bau eines neuen Kindergartens an anderer Stelle ohne die weitere Verwendung des alten Kindergartens zu regeln hat die Gemeinde ihre Position zur weiteren Nutzung der beiden Gebäude für die Bürger leichtfertig geschwächt.

Den neuen Kindergartenbau finanziert die Gemeinde ganz alleine und hat sich dabei wiederum zur Finanzierung aller Modernisierungs- und Instandsetzungskosten bereit erklärt.

Ähnlich wie bereits beim alten Kindergarten, ist das Grundstück, auf dem der Neubau entsteht, nicht dauerhaft für die Gemeinde gesichert. Für uns ist nicht nachvollziehbar warum die Gemeinde solch schlechte Vereinbarungen trifft.

Nach unserer Auffassung sollte der Akteneinsichtsausschuss den Gemeindevorstand auffordern, unverzüglich mit dem Eigentümer der Grundstücke in Gespräche zu treten, um die Nutzung des alten Kindergartens und des Jugendheimes dauerhaft für die Bürger der Gemeinde sicherzustellen.

Hintergrundinfo:

Vier der acht Kindergärten in der Gemeinde werden von kirchlichen Gemeinden betrieben. Der Betrieb von Kindergärten wird zu einem Anteil durch Landeszuschüsse unterstützt. Dabei werden Kindergärten die u.a. von Kirchen betrieben werden stärker gefördert als gemeindeeigene Kindergärten. Daher haben Gemeinden das Interesse, dass andere Träger Kindergärten betreiben. Allerdings drängen derzeit insbesondere kirchliche Träger auf höhere Betriebskostenzuschüsse von den Gemeinden. Muss die Gemeinde wie in Marbach das Kindergartengebäude komplett selbst finanzieren, stellt sich die Frage ob ein Betrieb durch die Kirchengemeinde den Steuerzahler nicht mehr kostet als ein eigener Betrieb.

## Samstagsbusse bis 18.30 Uhr

**Gute Nachricht für Marbach, Steinau, Steinhaus und Götzenhof. Ab dem 30.11. fahren Samstags die Busse statt wie bisher um 14.30 Uhr nun bis 18.30 Uhr von Fulda ab.**

Mit dem Fahrplanwechsel verbessert sich die Anbindung der Petersberger Ortsteile an Samstagen. In Marbach fahren die letzten Busse dann je nach Haltestelle Samstags ab ca. 19.00 Uhr in Richtung Fulda.

Diese Angebotsverbesserung haben die Bürger dem geänderten Fahrplan der Stadt Fulda zu verdanken.

Die Gemeinde Petersberg hat sich bisher nicht dazu durchringen können Verbesserungen für ihre Bürger zu verlangen oder gar zu finanzieren. Wir bleiben bei unserer Forderung nach Anbindung an das Anrufsammeltaxisystem der Stadt Fulda. Damit könnten die Bürger auch in den Spätstunden und sonntags das Stadtzentrum erreichen.

## Friedhofsgestaltung immer noch nicht beschlossen

**Bereits seit mehreren Jahren berät die Gemeinde Petersberg über die Gestaltung der Friedhöfe. Doch obwohl die Beratungen in den Ortsbeiräten schon seit Monaten abgeschlossen sind hat der Gemeindevorstand bis heute keine abschließende Vorlage für die Gemeindevertretung beschlossen.**

Alle Ortsbeiräte haben ihre Vorschläge zur Gestaltung der Friedhöfe in öffentlichen Sitzungen beraten und ihre Vorschläge dem Gemeindevorstand bereits vor Monaten mitgeteilt. Aber diese nun zur abschließenden Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorzulegen, tut sich nichts.

Insbesondere geht es bei den Vorschlägen um eine bessere Wegegestaltung der Friedhöfe und um neue Grabgestaltungen. So gibt es bei einigen Ortsbeiräten den

Wunsch zur Schaffung von Rasengräbern und das Anbieten von Urnenstählen. Aber auch die Beschaffung einer Friedhofsglocke bzw. die Umgestaltung der Trauerhalle ist vereinzelt angeregt worden.

Uns sprechen immer wieder insbesondere ältere Bürger an und bitten um bessere und breitere Wege, insbesondere zu den Urnengräbern.

Wir werden nun in den Haushaltsberatungen auf die Bereitstellung von Mittel zur Verbesserung der Wegesituation auf den Friedhöfen drängen.

Die Bürger erwarten, dass sich die Situation endlich verbessert. Noch einmal ein Jahr warten bis sich die Gemeinde endlich bewegt hat, wollen sie nicht.

## Hochwasser-schutzkonzept

**Im August wurde im Bauausschuss der Gemeinde der Stand für ein neues Hochwasserschutzkonzept dargestellt.**

Unter Teilnahme zahlreicher Betroffener Bürger stellte ein Planungsbüro die Überlegungen zur Vermeidung weiterer Hochwasserschäden dar.

Ursachen für die Schäden lägen im Klimawandel aber auch im Handeln Vorort (Versiegelung von Flächen, usw.).

Zur Vermeidung von Hochwasser seinen vielfältige Maßnahmen notwendig. Bereits heute habe einige mögliche Gefahren beseitigt. Allerdings seien insbesondere das Konzept um Hochwasser zurückzuhalten noch nicht fertig. Auch seien Hochwasser nie ganz auszuschließen.

Man gehe von mehreren Jahren aus bis man Renaturierungsflächen und Hochwasserrückhaltebecken geschaffen habe.

Auf der Homepage der Gemeinde sind die möglichen Standorte von Hochwasserrückhaltebecken in der Hochwasserstudie für die Gemeinde Petersberg und deren Nachbargemeinden dargestellt.

**Sie finden diese unter Aktuelles aus dem Rathaus – weitere Meldungen – Archiv –**

**21.08.2019:** Ingenieurbüro hat eine Hochwasserstudie für die Gemeinde Petersberg vorgestellt.

# Mehr Geld für Petersberg

**Der vom Petersberger Bürgermeister im Oktober eingebrachte Haushalt sieht ein Defizit von ca. 43.000,- Euro vor. Dieser von uns als schlecht gerechnete Vorlage kritisierte Haushaltsentwurf musste die Gemeinde bereits im November korrigieren.**

Statt 43.000,- Euro Minus rechnet die Gemeinde jetzt mit 126.000,- Euro Überschuss. Aber selbst dieser Betrag ist noch schlecht gerechnet.

Während die Gemeinde im ersten Haushaltsentwurf das Gesetz zur Heimatumlage des Landes Hessen mit der Wirkung von -26.000,- Euro bewertete kommt das Land zu dem Schluss das die Gemeinde Petersberg

mit einem Plus von 700.000,- im Zusammenhang mit der Heimatumlage profitiert.

## **Die Wahrheit liegt dazwischen:**

Tatsächlich erhält die Gemeinde, bzw. muss weniger an das Land zahlen, 700.000,- Euro zusätzlich. Allerdings muss sie davon 190.000,- Euro an den Landkreis abführen. Hintergrund ist die Vorgabe, dass die Gewerbesteuer wie auch die Schlüsselzuweisungen durch das Land Hessen in die Steuerkraftzahl der Gemeinde eingehen und dadurch höhere Abgaben an den Landkreis für die Kreis- und Schulumlage fällig werden.

Dennoch stehen der Gemeinde, gegenüber dem Vorjahr, hierdurch fast

500.000,- Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung.

Wer einen Haushalt mit einem Minus von 26.000,- Euro aus der Heimatumlage rechnet liegt völlig falsch.

Da es bei der Heimatumlage im Wesentlichen um Geld der Gemeinden geht, welches in den vergangenen Jahren für den Aufbau Ost verwandt wurde, sollte es nun wieder den Bürgern unserer Gemeinde zu Gute kommen.

In diesem Zusammenhang bleiben wir bei unserer Forderung mit diesen Mittel den Wegfall der Straßenbeiträge zu finanzieren. Eine Steuererhöhung ist absolut nicht notwendig.

# Kosten für Kindertagesstätten

**Erfreuliche Weise steigt die Zahl der Kinder in der Gemeinde. Mit dem Bau zweier neuer Kindergärten trägt die Gemeinde dem notwendigen Bedarf Rechnung.**

An der Hutweide im Ortsteil Petersberg und in Marbach entstehen zwei neue Kindergärten. Mit dem zusätzlichen Angebot kommt die Gemeinde ihrer Verpflichtung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen nach.

Mit der Abschaffung der Kindergartengebühren für die über 3 - jährigen für eine 6 Stundenbetreuung seit letztem Jahr werden die Eltern entlastet. Auch

wenn wir uns eine vollständige Befreiung wünschen ist die jetzige Befreiung ein erster Schritt.

Das Land Hessen übernimmt die Kosten für diese Befreiung. Dennoch steigen die Kosten für die Gemeinde zur Finanzierung weiter an.

Selbstverständlich ist Geld, das wir für die Betreuung unserer Kinder zur Verfügung stellen immer gut. Allerdings muss geprüft werden ob das Geld auch bei den Kindern ankommt oder ob Geld in diesem Bereich nicht richtig eingesetzt wird.

Dazu müssen die Ausgaben insbesondere in die Immobilien

genau geprüft werden. Wir wollen Klarheit darüber warum die Kosten für den Bau der beiden neuen Kindergärten gegenüber den bisherigen Planungen nun jeweils auf über 6 Millionen Euro gestiegen sind.

Auch wollen wir geklärt haben warum die Kosten für den Betrieb der Kindertagesstätten in der Nachbargemeinde Künzell deutlich niedrig sind. Eine zusätzliche Klärung ist bei den Verträgen für die vier kirchlichen Kindergärten notwendig.

Eine Steigerung des Defizites in diesem Bereich innerhalb von 2 Jahren von 3,2 auf 4,5 Millionen Euro bedarf einer umfassenden Klärung.